

Wissenschaft wieder in die Mitte der Gesellschaft bringen!

Roland Benedikter

Die deutsche Bundesregierung arbeitet seit einiger Zeit mit der Workshop-Reihe „Was wäre, wenn...?“ Dort werden unter Federführung des Bundeskanzleramts ressortübergreifend spekulative Szenarien für das Jahr 2030 entworfen. Die Kernpunkte der Szenarien werden durch Online-Befragungen mittels mehrheitlich als wahrscheinlich bewerteter Thesen beschrieben und ihre möglichen Implikationen für die Politik diskutiert. Die Szenarien bleiben bewusst ein Stück weit an der Oberfläche, da es Bestandteil der Workshops ist, eine breite Palette an möglichen Folgewirkungen der Zukunftsbilder zu diskutieren. Im November 2021 wurde diskutiert: „Was wäre, wenn die Offenheit gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Bevölkerung zum Jahr 2030 stark abnimmt?“

Psychologie des Kontrollverlusts

Wissenschaft, einschließlich politischer Wissenschaft, war bis in die 2010er Jahre die Orientierungsinstanz und -referenz für jene Gewissheit, Sicherheit und Stabilität, die in säkularen und offenen Risikogesellschaften möglich ist. Sie erfüllte diese Rolle mittels Herstellung von Faktizität und einer Kontinuität der Standards für deren Interpretation. Seit den 2010er Jahren haben Krisen mit Systemwirkung dies unterminiert, weil sie an der Objektivität zweifeln ließen: Migrationskrise, Pandemie, Ukrainekrieg. Hinzu kam die neue Multipolarität mit Systemkonkurrenz zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Wissenschaftsauffassungen – samt Aufstieg nichtliberaler Wissenschaftsverständnisse, die mit dem westlichen Selbstverständnis auch in dessen eigenem Wirkungsbereich konkurrieren. So etwa die chinesische Politik- und Sozialwissenschaft, die über die Fudan-Universität in Budapest auch in die EU expandiert. Mit alledem verstärkte sich eine Psychologie des Kontrollverlusts (Wolfgang Müller-Pietralla). Die Wahrnehmung entstand: Wissenschaft hat nichts gegen Kontrollverlust getan – oder kann gar nichts dagegen tun.

Das führte *erstens* zu einer Wahrnehmungsverschiebung durch Teile der Bürgerschaft. Dazu hat *zweitens* auch die wahrgenommene Politisierung und Moralisierung von Wissenschaft beigetragen. Wissenschaft wurde – in dieser Wahrnehmung – einerseits zur Legitimation der Beschneidung

von Freiheitsrechten (Pandemie) und von nicht-konsensualen Politiken (Migration) benutzt, aber auch für moralisierende Ausschlussverfahren (Daniel Kehlmann: „Rechte dürfen an Universitäten nicht sprechen.“). In den Sozialwissenschaften hat es – nicht zuletzt von Entwicklungen in den USA beeinflusst – eine Vermischung von Wissenschaft mit Aktivismus gegeben, der sich direkt politisch zugeordnet hat.

Elite-Diskurse und Verlust an Tatsächlichem

Drittens wurde Wissenschaft von verschiedenen Bevölkerungsgruppen zunehmend als Teil eines (in sich paradoxal konstituierten) kosmopolitisch-neoliberalen Elite-Diskurses wahrgenommen. Dieser „erzieht“ die eigene Bevölkerung mittels politischer Korrektheit, sorgt sich aber in erster Linie „um die ganze Welt“. Die Allensbach-Umfrage zur Meinungsfreiheit im Juni 2021 hat gezeigt, dass eine Mehrheit der Deutschen „sich gegängelt fühlt“ und nicht glaubt, ihre Meinung zu heiklen Themen weiterhin offen sagen zu können, weil man persönliche Nachteile erwartet – der schlechteste Wert für die Meinungsfreiheit seit 1953! Wissenschaft ist in dieser Wahrnehmung ein Teil von Meinungsregulierung geworden. Politische Korrektheit auf der Grundlage grundsätzlicher Richtungsentscheidungen durchziehe – in dieser Wahrnehmung – die Medien und Wissenschaftseinrichtungen. Der „Krieg um Fakten“ zwischen verschiedenen Datenproduzenten wie etwa dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und dem Eurobarometer, die sich gegenseitig die Produktion politisch tendenziöser Daten vorwerfen, hat die Verunsicherung über „fake data“ und über Faktizität verstärkt. Das hat massive politische Folgen. Wie der ehemalige US-Präsident Barack Obama es 2018 ausdrückte: Solange es keinen Konsens mehr über das gibt, was Fakten sind, kann es auch keinen sinnvollen Dialog zwischen den Lagern mehr geben. Mit anderen Worten: Der Verlust des Vertrauens in die Wissenschaft unterminiert die Demokratie. Oder wie es der Direktor von Eurac Research Bozen, Stephan Ortner, im Mai 2021 auf den Punkt brachte: „Was nützt Innovation, wenn die Gesellschaft auseinanderbricht?“

Rückkehr in die Mitte?!

Die Perspektive liegt in einer positiven Wahrnehmungsveränderung, die das Vertrauen in Wissenschaft (und in die von ihr zehrenden Medien)

wieder stärkt. Das kann in erster Linie durch Entmoralisierung, bewusste soziopolitische „Vermittlung“, Moderation statt Aktivismus, Zurückfahren politischer Korrektheit, Einigung auf Fakten und bewusst breitere Teilhabe von „Meinungsunkonformen“ erreicht werden. Wo das nicht geschieht, treten Identitätsfragen an die Stelle von Fakten, was die Gesellschaft spaltet.

Auch die Sozialwissenschaft als Katalysatorin zwischen Wissenschaft und Gesellschaft muss sich auf den Strukturwandel der Öffentlichkeit einstellen und sich wieder breiter aufstellen. Ein Vorbild dazu können die transnational-europäischen Wissenschaftsansätze von Jürgen Habermas und Jean-Francois Lyotard sein. Habermas hat sich jenseits ideologischer Spaltungen für einen „Verfassungspatriotismus“ ausgesprochen und dazu die Rolle des Intellektuellen als „Denker des Udenkbaren“ hervorgehoben, der sich Konformitäten verweigert und auch eine Cassandra-Rolle zu spielen wagt. Beides ist in der Wissenschaftswahrnehmung heute weitgehend verloren gegangen, ebenso wie die Figur des Intellektuellen im verschulten Wissenschaftsbetrieb, der durch den Experten ersetzt wurde. Lyotard hat in seinem Hauptwerk „Der Widerstreit. Sätze im Disput“ betreffend die Zukunft von Demokratie und Demokratiepraxis unterstrichen, dass es entscheidend ist, *alle* Stimmen zu hören und grundsätzlich niemanden aus dem Dialog auszuschließen, auch wenn alles gegen jemanden spricht. Politische Korrektheit und Aktivismus in der Wissenschaft verhindern Inklusion ebenso wie ihre Kommerzialisierung und Moralisation im Sinne einer „instrumentellen Vernunft“. Unbeliebte Randgruppen sind Teil demokratischer Gesellschaft, was Wissenschaft wieder offener auch gegen eigene Überzeugungen anerkennen und einbeziehen muss.

Die Tatsache, dass sich die strategische Vorausschau der Bundesregierung intensiv mit diesen Themen auseinandersetzt, macht Mut, dass die Zeichen der Zeit erkannt wurden – und Wissenschaft über Selbsterkundungsprozesse und konstruktive Kritik die Mitte der Gesellschaft behaupten oder in diese zurückkehren kann. 🌐

Dr. Roland Benedikter

geb. 1965, Co-Leiter des Center for Advanced Studies von Eurac Research Bozen, Mitglied im *WeltTrends*-Beirat. Jüngst erschien sein Buch „Die Zukunft der Sozialwissenschaft“, Nomos 2022

roland.benedikter@eurac.edu

